

POSTULAT von Nicola Yuste (SP, Zürich), Nathalie Aeschbacher (GLP, Zürich), Silvia Rigoni (Grüne, Zürich) und Lisa Letnansky (AL, Zürich)

Betreffend Kantonale Strategie zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit

Der Regierungsrat wird gebeten, eine Strategie zur Wohnversorgung im Kanton Zürich zu erstellen und das Querschnittsthema ganzheitlich, z.B. in einem eigenen Leistungsfeld, anzugehen. Dabei sollen das Ausmass, die Struktur sowie die Gründe von Obdachlosigkeit und ihren Vorstufen (gemäss der Europäischen Typologie für Wohnungslosigkeit, 1-13) im Kanton Zürich analysiert und nötige Massnahmen zur Sicherstellung der Wohnversorgung ergriffen werden. Ausserdem soll so die Koordination aller involvierter Stellen (Gemeinden und zivilgesellschaftliche Organisation) verbessert werden, um effiziente Synergien herzustellen.

Begründung:

Gemäss einer Studie der Hochschule für Soziale Arbeit Nordwestschweiz (FHNW) im Auftrag des Bundesamtes für Wohnungswesen (BWO)¹ sind in der Schweiz schätzungsweise 2200 Personen obdachlos und 8000 von Wohnungsverlust bedroht. Obdachlosigkeit findet vor allem in Grossstädten und grösseren Agglomerationen statt, von denen es im Kanton Zürich im Vergleich zu anderen Kantonen überdurchschnittlich viele gibt. Es sind aber auch kleinere Gemeinden betroffen, deren Handlungsmöglichkeiten stark eingeschränkt sind. Genauer über das Ausmass sowie die Struktur von Obdachlosigkeit und ihren Vorstufen im Kanton Zürich ist allerdings nicht bekannt. Die meisten Massnahmen stehen im Zusammenhang mit der Sozial- und Nothilfe, was voraussetzt, dass die betroffenen Personen bei der Sozialhilfe gemeldet sind. Aber nicht alle Menschen, die in einer prekären Wohnsituation leben, haben einen Anspruch auf Sozialhilfe, kennen ihn nicht oder verzichten darauf, etwa aus Furcht um ihre Aufenthaltsrechte. Menschen ohne Aufenthaltspapiere, die besonders häufig von Wohnungslosigkeit betroffen sind, ist der Zugang zu vielen Anlaufstellen und Angeboten gänzlich verwehrt, wie eine andere Studie gezeigt hat.²

Der Kanton Zürich unterstützt im Gegensatz zu anderen Kantonen (z.B. Bern, Tessin oder Waadt) die Gemeinden weder mit Monitoring noch mit Koordinations- oder strategischen Aufgaben. Hingegen beschränkt sich die Unterstützung auf Beiträge an private soziale Einrichtungen und zinslose Darlehen für gemeinnützige Bauträger. Dies geht auch aus der Antwort der Regierung auf eine entsprechende Anfrage hervor.³

Andere Kantone konnten gemäss der Studie durch die Entwicklung eines Leistungsfelds im Bereich Obdachlosigkeit aber einen markanten Mehrwert schaffen: Indem sie die Bekämpfung von Obdachlosigkeit als Querschnittsthema denken, können sie den Bedarf besser erkennen, zielgruppenspezifische Angebote definieren und die Koordination der beteiligten zivilgesellschaftlichen Akteure und Gemeinden verbessern. So kann auch eine Versorgung ausserhalb der städtischen Zentren sichergestellt werden, ohne kleine Gemeinden zu überlasten.

Nicola Yuste
Nathalie Aeschbacher
Silvia Rigoni
Lisa Letnansky

¹ Drilling, M., Küng, M., Mühlethaler, E., Dittmann, J. (2022): „Obdachlosigkeit in der Schweiz: Verständnisse, Politiken und Strategien der Kantone und Gemeinden“, Download: www.bwo.admin.ch

² Dittmann, J., Dietrich, S., Stroezel, H., Drilling, M., Young, C. & Roduit, S. (2022): „Ausmass, Profil und Erklärungen der Obdachlosigkeit in 8 der grössten Städte der Schweiz.“ SNF-Studie. LIVES Working Paper No. 93. [Download](#)

³ <https://www.kantonsrat.zh.ch/geschaefte/geschaefte/?id=d020dece5c7a41da9d67f9f08fc0d6a7>